



Heft 1/2004

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

EU nach Konvent und Osterweiterung

Editorial	3
Joachim Becker EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie?	7
Andreas Wehr Der EU-Konvent und die institutionellen Machtverschiebungen	17
Norbert Templ EU-Konvent, Sozialunion und Regierungskonferenz Eine Analyse aus ArbeitnehmerInnensicht	24
Peter Steyrer Zwischenruf im Beistandsjubil. Europäische Sicherheit und Neutralität	31
Anny Knapp Die Asylpolitik der EU	45
Dorothee Bohle Harsche Bedingungen für Osteuropas Rückkehr nach Europa: Woher kommen sie? Warum gibt es nicht mehr Widerstand?	52
Nadja Bergmann und Barbara Willsberger (Fehlende) Gleichstellungsperspektiven im Transformations- und Erweiterungsprozess	60
Michal Polák Slovakia: From »National Capitalism« to EU Liberalism (and Beyond?)	70
Norbert Feldhofer EU-Mitgliedschaft für die Länder Südosteuropas – mehr als ein Gedankenexperiment?	79
Ilker Ataç Was für einen Staat wünscht sich die EU in der Türkei? Nicht nur demokratisch, auch neoliberal muss er sein	89
Die Autorinnen und Autoren	98

Offenlegung der Blattlinie gemäß Mediengesetz

Die Zeitschrift Kurswechsel ist das Mitteilungsblatt des Vereins »Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen« mit Sitz in Wien. Der Inhalt der Zeitschrift orientiert sich an § 2 des Statuts: »Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Erstellung, Diskussion und Verbreitung von Konzeptionen und Einzelanalysen der österreichischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Entwicklung gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitischer Alternativen unter besonderer Berücksichtigung der Interessen von Frauen.«

Eigentümer und Herausgeber

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)

A-1015 Wien, Postfach 162

E-mail: beigewum@iname.com

Homepage: <http://www.beigewum.at>, <http://www.kurswechsel.at>

Verleger

Sonderzahl Verlagsges.m.b.H., A-1040 Wien, Große Neugasse 35, Fax: (43) 01/ 586 80 70-4

Redaktion

Joachim Becker, Nadja Bergmann, Werner Raza, Christa Schlager, Elisabeth Springler, Beat Weber

Heftredaktion

Joachim Becker, Nadja Bergmann

Umschlag

Thomas Kussin

Druckunterlagen

VISCOM Ges. f. Mediendesign, Wien

Druck

REMAprint, Wien

Bankverbindungen

Sonderzahl Verlagsgesellschaft m.b.H.

Bank Austria AG 684 055 114

Zulassungsnr.: 1104 50 W 88 U

ISDS International Series Data Systems, Paris

Registered as: ISSN 1016 8419. Key Title: Kurswechsel

© 2004 BEIGEWUM. Alle Rechte vorbehalten

Preis

Einzelheft	Euro 10,50 (zuzüglich Porto)
Normalabonnement	Euro 29,-
StudentInnenabonnement	Euro 18,- (Vorlage einer Inskriptionsbestätigung)
Auslandsabonnement	Euro 36,-

Bestellungen an: Sonderzahl Verlag / Kurswechsel Große Neugasse 35, A-1040 Wien
Fax: (01) 586 80 704
E-Mail: sonderzahl-verlag@chello.at

Die Zeitschrift Kurswechsel liegt in folgenden Buchhandlungen auf:

buchhandlung a.punkt – Brigitte Salanda, Fischerstiege 1–7, 1010 Wien

Zentralbuchhandlung, Schulerstraße 1–3, 1010 Wien

Buchhandlung Winter, Landesgerichtstraße 20, 1010 Wien

Buchhandlung Alex Stelzer, Hauptplatz 17, 4020 Linz

Studia Büchershop, Herzog-Sigmund-Ufer 15, 6020 Innsbruck

Die Hefte können darüberhinaus in jeder Buchhandlung bestellt werden.

Editorial

Uwołnić przyszłość od przeszłości?
Uwołnić przeszłość od przeszłości?
Die Zukunft von der Vergangenheit befreien?
Die Vergangenheit von der Zukunft befreien?
(*Jurij Andruchowycz*)

Bei der jetzigen Erweiterung der EU um zehn ost- und südeuropäische Staaten ist erstmals das Trennende der Vergangenheit zum großen Thema gemacht worden. Vorreiter waren die österreichischen Regierungsparteien, die sich – verpackt in die Kontroverse um das Atomkraftwerk Temelín und die Beneš-Dekrete – anti-slawische, speziell anti-tschechische Ressentiments bedienten, wie es an die Spätphase der Habsburger Monarchie gemahnt. Auch die CSU gab sich prononciert anti-tschechisch. In der Tschechischen Republik und in Polen wurden hingegen von KritikerInnen des EU-Beitritts anti-deutsche Ängste angerufen, die Wurzeln in der deutschen Besatzungs- bzw. Vernichtungspolitik während des Nazi-Faschismus haben (sh. Rupnik 2002, Šaradín 2003: 9, Kowalski/Tulli 2003). Im Fall der – inzwischen abgewählten – Regierung Orbán, die revisionistische Wünsche gegenüber den Grenzziehungen nach dem 1. Weltkrieg erkennen ließ, wurden die ungarischen Beitrittsverhandlungen überlagert von einem Gesetz zu den AuslandsungarInnen in den Nachbarländern, das vor allem in der Slowakei auf Widerspruch stieß. Denn dieses Gesetz sah vor, AuslandsungarInnen auf Antrag spezielle Ausweise auszustellen, die ihnen Anspruch auf Unterstützungen durch den ungarischen Staat, leichteren Arbeitsmarktzugang in Ungarn etc. eröffneten. Speziell die slowakische Regierung sah hierin eine Verletzung ihrer nationalen Souveränität.

Diese Begleitmusik zur EU-Erweiterung läßt erkennen, dass es Ambivalenzen hinsichtlich der Erweiterung gibt. Diese beziehen sich jedoch nicht nur auf die Vergangenheit, sondern auch auf die Zukunft. Gemeinsam ist den VerfechterInnen der EU-Osterweiterung bzw. Westintegration Osteuropas ein neoliberales Projekt. Sein Kern sind unbeschränkter Binnenmarkt und eine wirtschaftspolitisch restriktiv wirkende Währungsunion. Die Erweiterung soll aus dieser Sicht die Befreiung Europas vom sozialstaatlichen Erbe vorantreiben. Entsprechend stark sind im Verfassungsentwurf des EU-Konventes die Marktfreiheiten und entsprechend schwach die sozialen Rechte ausgefallen. Die Diskussion um die EU-Verfassung hat aber auch Differenzierung im (neo-)liberalen Lager deutlich werden lassen. In einem ersten Anlauf konnten sich ein Block von Kernstaaten um Frankreich und Deutschland und ein Block von (semi-)peripheren Staaten um Spanien und Polen nicht auf die Stimmgewichtung im Ministerrat (und auch nicht im Fall einiger anderer Kompetenzfragen) einigen. Die übliche Interpretation war, konkurrierende nationalistische Ansprüche hätten das Verfassungsvorhaben – zumindest vorübergehend – zu Fall gebracht. Diese Interpretation übersieht, dass die Trennlinien in der Verfassungsfrage eine Wiederauflage des Konfliktes um den Irak darstellen. Die innereuropäischen Spannungen werden mithin durch die internationale Konstellation überlagert und wohl auch verstärkt.

Denn die US-Regierung begrüßt die französisch-deutschen Vorstellungen von einer autonomen EU als einem autonomen Projekt nicht. Im Gegenteil. So beantwortete Robert Hass vom einflussreichen Council on Foreign Relation in den USA die Frage »Was ist die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber der europäischen Integration?« knapp mit »Desintegration« (zit. n. Żatkowski 2004: 26).

Vor diesem Hintergrund stellt Joachim Becker im vorliegenden Kurswechsel-Heft die Interpretation infrage, das vorläufige Scheitern des EU-Konvents sei durch nationale Egoismen verursacht. Er sieht hinter der vordergründigen Kontroverse um die Stimmrechte tiefergründige Differenzen über das Integrationsprojekt der EU. Ein Staatenblock um Frankreich und Deutschland favorisiere die EU als ein autonomes Integrationsprojekt mit eigenen internationalen Ambitionen. Dies setze auch ein gewisses Maß an gemeinsamer Normbildung in der EU voraus. Dem gegenüber stünde ein Staatenblock um Spanien und Polen, der eine enge Anlehnung an die USA wünsche und seine ökonomische Konkurrenzfähigkeit über die Absenkung sozialer und ökologischer Standards erhöhen wolle. Andere – vor allem rechte – Parteien würden das Anliegen Spaniens und Polens grundsätzlich teilen, wenngleich nicht deren Verhandlungstaktik. Daher sieht Joachim Becker grundsätzliche Konflikte und Spannung in der EU über die Konturen des Integrationsprojekts und das Verhältnis zu den USA angelegt, die auch dann nicht aufgehoben würden, wenn es doch noch zu einer Einigung über die Verfassung kommen sollte.

Andreas Wehr zeigt in seinem Beitrag einerseits die institutionellen Kontinuitäten des Verfassungsentwurfs mit dem jetzigen Vertragswerk – u.a. Exekutivlastigkeit und mangelhafte Gewaltenteilung – auf und skizziert andererseits die Implikationen der vorgesehenen Veränderungen bei Kompetenzen und Stimmgewichtungen.

Aus gewerkschaftsnaher Perspektive sieht Norbert Templ im Verfassungsentwurf des Konvents einerseits Fortschritte gegenüber dem bisherigen Vertragswerk, andererseits aber auch erhebliche Defizite im sozialen Bereich. Daher fordert er, das Stocken im Verfassungsgebungsprozess auch zur Behebung wirtschafts- und sozialpolitischer Mängel im Verfassungstext zu nutzen. Hierbei geht es ihm vorrangig um eine Verankerung des Vollbeschäftigungsziels, eine weniger restriktive geldpolitische Konzeption und um eine bessere Verankerung öffentlicher Dienste für die Daseinsfürsorge.

Peter Steyrer lotet das Spannungsfeld zwischen den militärpolitischen Ambitionen der EU, den NATO-Ambitionen von ÖVP/FPÖ und dem österreichischen Neutralitätsgesetz aus. Er sieht die EU nach wie vor sicherheitspolitisch eng mit den USA verbunden, schließt aber auf mittlere Sicht auch einen Bruch nicht aus. Bestrebungen nach einem militärischen Kerneuropa zielen auf einen Autonomiegewinn gegenüber den USA. Eine Neutralitätspolitik, die ihren Namen auch verdient, ist für Peter Steyrer mit einem Anschluss an den militärischen Kern nicht vereinbar.

Im Bereich der Asyl-Politik plant die EU große Schritte in Richtung einheitlicher Standards. Einige Schritte in diese Richtung hat die EU, wie Anny Knapp aufzeigt, ohnehin schon gemacht. Die realisierten und beabsichtigten Standards gehen in eine restriktive Richtung. Anny Knapp zeigt auch die Verbindungen zwischen den (geplanten) Verschärfungen auf EU-Ebene und den nationalen Regelungen – allen voran den österreichischen – auf. Sie diskutiert auch deren Auswirkungen auf die Beitrittsländer, welche die neue EU-Außengrenze bilden werden.

Neben der aktuellen Analyse der Veränderungen des EU-Integrationsprojektes bildet der Erweiterungsprozess einen weiteren Schwerpunkt dieses Kurswechsel-Hef-

tes. Aus Sicht der Beitrittsländer ist dies eine Westintegration, die sich im wesentlichen als einseitige Anpassung an die derzeitigen EU-Normen darstellt. Gleichzeitig könnten aber die sehr weitgehenden Liberalisierungsprozesse in Osteuropa auch Vorbildwirkungen für Westeuropa haben und so die neoliberale Transformation der EU noch beschleunigen.

Nadja Bergmann und Barbara Willsberger beleuchten diese Prozesse aus gleichstellungsorientierter Perspektive. Dabei wird deutlich, dass die neoliberale Zielrichtung des Transformations- und Erweiterungsprozesses Gleichstellungsfragen nicht nur nahezu ignoriert, sondern zu einer Verschlechterung der Position der Frauen – insbesondere am Arbeitsmarkt – beigetragen hat.

Aber auch unter gesamtwirtschaftlichem oder -gesellschaftlichem Blickwinkel ist der Beitrittsprozess mit massiven Kosten und Nachteilen für die Beitrittsländer verbunden, wie Dorothee Bohle in ihrem Beitrag anschaulich aufzeigt. Der Beitrittsprozess selbst, aber auch die künftige Konstellation in einer erweiterten EU seien durch Asymmetrien zwischen alten und neuen EU-Ländern geprägt. Warum wesentliche AkteurInnen in den Beitrittsländern trotzdem in Richtung EU gedrängt haben und warum kaum Alternativen formuliert wurden, sind Leitfragen ihres Beitrags.

Als Modellfall einer ultraliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik stellt Michal Polák die gegenwärtige Slowakei vor. Er analysiert den Übergang der Slowakei von einer nationalistisch orientierten Wirtschaftsstrategie zu einem Laboratorium liberaler Wirtschaftspolitik, das über die EU-Vorgaben noch deutlich hinausgeht.

Unklar ist noch, wo die Grenzen der Erweiterung liegen werden. Es gibt weitere Aspiranten der Westintegration – Rumänien, Bulgarien, die Staaten des ehemaligen Jugoslawien, Albanien, die Türkei, ... Mit den südosteuropäischen Beitrittsaspiranten und dem »ewigen« Kandidaten Türkei befassen sich die beiden abschließenden Beiträge. Norbert Feldhofer sieht einen Beitritt der Staaten des Westbalkan in eher fernerer Zukunft, sieht aber eine Stabilisierung und Assoziierung dieser Region als sehr wichtig an. Entwicklung scheint ihm für diese Staatengruppe letztlich nur als assoziative, außenorientierte Entwicklung möglich. Skeptischer zeigt sich Ilker Ataç im Hinblick auf die stabilisierende Wirkung eines liberalen Integrationsprojektes der Türkei. In seiner Analyse setzt er den Akzent auf die Transformation des Staates in der Türkei. Hierbei geht er über die übliche Debatte um rechtsstaatliche und demokratische Standards, welche die Türkei im Fall eines EU-Beitritts zu erfüllen hätte, hinaus. Aus seiner Sicht wünscht die EU in der Türkei nicht nur eine demokratische, sondern auch eine neoliberale Form der Staatlichkeit. Die neoliberale Umformung des türkischen Staates geht hierbei unter dem doppelten Einfluss der internationalen Finanzinstitutionen und der EU vonstatten.

Die »Zukunft der EU« (Kurswechsel Nr. 3/2002) scheint an einem Scheideweg. Die Dialektik von »Integration und Desintegration« (Kurswechsel 3/2000) ist nicht allein in Osteuropa, sondern in der gesamten erweiterten EU am Wirken. Die Einschätzungen der AutorInnen zu Integration und Desintegration, abhängiger oder assoziativer Entwicklung, der Befreiung der Zukunft von der Vergangenheit oder dem Anrufen der Vergangenheit in der Zukunft gehen auseinander. Der Kurswechsel versteht sich als Beitrag zu einer »discussion in progress«.

Joachim Becker, Nadja Bergmann

Literatur

- Andruchowycz, Jurij (2001) Środkowoschodnie revizje. In: Andruchowycz, Jurij/Stasiuk, Andrzej: *Moja Europa*. Wołowiec, S. 7-74
- Kowalski, Sergiusz/Tulli, Magdalena (2003) *Zamiast procesu. Raport o mowie nienawiści*.
Warschau
- Rupnik, Jacques (2002) Das andere Mitteleuropa. Die neuen Populisten und die Politik mit der Vergangenheit. In: *Transit*, Nr. 23, S. 17-27
- Šaradin, Pavel (2003) Pour Féliciter 2003. In: *Listy*, 33(6), S. 7-12
- Żatkowski, Jacek (2004) Minister spraw słusznych i przegranych. In: *Polityka*, 14.2., S. 24-27